

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Bezugspreis: Monatlich 2,25 Mark, bei Jahressubskription 25,00 Mark.  
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Vertriebsanstalten) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

## Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Verlagspreis: Die Abbestellung muss über einen Namen sein und die Adresse mit 25 Pfg. Vorzahlung.  
Kartagen werden an den Bestimmungsorten der Postzeitung am 10. Tage in der Bestimmungsorte abgeben.  
Über die Anzeiger und die Abrechnung siehe die Anzeiger- und Abrechnungsscheine.

Telegraphisch-Anschluss Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schreibleitung, Druck u. Verlag Hermann Köhler, G.m.b.H. Ottendorf-Okrilla.

Nummer 122

Mittwoch, den 19. Oktober 1921

20. Jahrgang.

### Amtlicher Teil.

#### Gemeindevertreterwahl.

Infolge Ablaufes der Wahlperiode der 1919 gewählten Gemeindevertreter macht sich die Neuwahl derselben notwendig. Nach dem Ortsgesetz vom 18. November 1918 über die Wahlen von Gemeindevertretern und dem Nachtrage dazu vom 17. August 1921 sind 18 Gemeindevertreter auf 3 Jahre zu wählen.

Die Wahl findet Sonntag, den 13. November 1921 von 10 bis 5 Uhr statt.

Der Ort wird in 2 Wahlbezirke eingeteilt und zwar:

#### 1. Wahlbezirk

Wähler, deren Familiennamen mit den Buchstaben A — B beginnen. Wahlvorsteher Herr Gemeindevorsteher Witzsch, Stellvertreter Herr Gemeindevorsteher Gustav Tamme.

#### 2. Wahlbezirk

Wähler, deren Familiennamen mit den Buchstaben C — Z beginnen. Wahlvorsteher Herr Gemeindevorsteher Thieme, Stellvertreter Herr Gemeindevorsteher Witzsch.

Wahllokal ist für beide Wahlbezirke die alte Schule.

Der Wahlausschuss besteht aus folgenden Herren: Gemeindevorstand Richter als Wahlkommissar, Gemeindevorsteher Stein, Gemeindevorsteher Ringel, Seutbold, und Witzsch.

Die aufgestellte Wählerliste liegt vom 15. bis 22. Oktober d. J. im Rathaus — Meldeamt — während der geordneten Dienststunden (Sonntag 11 bis 12 Uhr) öffentlich aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerliste sind bei Verlust des Einspruchsrechtes binnen 8 Tagen nach dem Beginn der Auslegung schriftlich oder zu Protokoll im Rathaus anzubringen.

Die Wahl findet nach dem Grundsatz der Verhältniswahl mit gebundenen Listen statt.

Bei dem unterzeichneten Wahlkommissar sind spätestens 14 Tage vor dem Wahltag Wahlvorschläge einzureichen, die von mindestens 30 stimmberechtigten Personen unterzeichnet sein müssen. Die Vorschläge dürfen nicht mehr Namen enthalten als Gemeindevorsteher zu wählen sind. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Ausnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Kein Bewerber darf in mehreren Vorschlägen zugleich oder in einem Vorschläge mehrfach aufgeführt sein.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muss von den Unterzeichneten der betr. Wahlvorschläge übereinstimmend spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

In den Wahlvorschlägen sind die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen, Stand und Wohnung und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Das Stimmrecht wird persönlich durch Abgabe von Stimmzetteln von weißem Papier (Größe 14 zu 11 cm) ausgeübt. Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein. Streichungen und Umstellungen, sowie Hinzufügung von Namen, die auf keinem Wahlvorschläge stehen, berühren zwar nicht die Gültigkeit der Stimmzettel, sind aber auf das Wahlergebnis ohne Einfluss.

Auf die Bestimmungen im Ortsgesetz vom 18. Dez. 1918 wird verwiesen.

Die Stimmberechtigten werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit geladen.

Ottendorf-Okrilla, den 4. Oktober 1921.

Der Wahlkommissar.

Richter, Gemeindevorstand.

#### Staatsbankrott.

Im Volke hört man gegenwärtig wieder munkeln, daß der deutsche Staatsbankrott nicht mehr vermeidbar sei. Viele Deutsche haben dabei eine recht naive Vorstellung, als ob der Reichsfiskus als Geschäftsführer des Reiches sich den Kapitalberaubung aussetze und im Amtsgericht Berlin-Mitte die Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches anmelde. Viele glauben, wenn sie ihr Geld verheeren, oder Wertgegenstände und Borräte hamstern, oder auch alle festverzinslichen Papiere verkaufen und dafür Aktien erwerben, für sich den Folgen des öffentlichen Bankrotts zu entgehen. Solche Gedanken

sind töricht. Das Hamstern von Bargeld ist eine pure Torheit. Kürzlich wurde festgestellt, daß in einer entlegenen Gegend Deutschlands ein Bauer aus Angst vor dem Staatsbankrott und vor dem Steuerfiskus Geldscheine hamsterte. Er teilte einem Vertrauten mit, er habe in seiner Kommodenschublade fünf Kilogramm 50-Markscheine liegen. Der Mann verstand nicht, daß er die Entwertung des Papiergeldes dadurch fördert, wenn er die Scheine unbenutzt in seiner Wohnung liegen läßt. Nebenbei legt sich der Mann dem Verlust des Geldes durch Diebstahl und Feuer aus und verzichtet auf Zinsen. Auch wer Borräte und Sachgegenstände hamstert, beschleunigt eine Entwicklung, die zur Auflösung aller wirtschaftlichen Beziehungen führen muß. Werden über den Bedarf hinaus lebenswichtige Bedarfsartikel gekauft, so wird die Not aller drarer verstärkt, die von der Hand in den Mund leben müssen. Würde es einmal zu Hungertoten kommen, so würden sich der Haß und der Rachegeist der Darbenden gegen die Hamstereur wenden, die durch ihr kurzfristiges Verhalten zur Steigerung der Not beigetragen haben. Wer festverzinsliche Papiere verkauft und dafür die jetzt so überbewerteten Aktien erwirbt, versteht, daß Aktien, Rüge und andere industrielle Wertpapiere nur dadurch ihren Wert erhält, daß die Produktion und der Absatz der Waren lebendig bleiben. Die fortschreitende öffentliche Verschuldung aber zwingt zu immer höherer steuerlicher Belastung und führt dazu, daß die Industriewerke wegen mangelnden Absatzes eingeschränkt oder eingestellt werden müssen. Dann aber müssen die Aktien von ihrer jetzigen schwindelnden Kurshöhe herunterstürzen. Durch keines dieser Mittel kann der einzelne sich selbst vor den Folgen eines Staatsbankrotts schützen. Staatsbankrott bedeutet doch, daß Deutschland seine ausländischen Gläubiger, seine inländischen Lieferanten, sowie seine Beamten und Arbeiter nicht mehr bezahlt. Das würde uns Zwangsmaßnahmen unserer Gläubiger, in erster Linie die Besetzung des Ruhrkohlen- und des Jankowitzgebietes im deutschen Westen, ein Stöcken der Wirtschaft, sowie ein Massensterben in den Reihen der öffentlichen Angestellten bringen. Der Wert des deutschen Geldes würde noch unter den des polnischen Geldes sinken und dadurch jeden Warenanstand im Innern und nach außen unmöglich machen. Da sich der Einzelne gegen den Staatsbankrott nicht schützen kann, muß er alles aufbieten um den Staatsbankrott zu vermeiden zu helfen. Hierzu gehören Verzicht auf Hamsterei und Wuchererei, intensive treue Arbeit und Opferwilligkeit gegenüber der Gesamtheit!

#### Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 18. Oktober 1921.

Die Mondfinsternis konnte in der Nacht vom Sonntag zum Montag ausgezeichnet beobachtet werden, denn der Himmel strahlte in voller Klarheit. Kein Nebel, kein Wolkenfleckchen störte das reine Bild des Himmels. 10 Uhr 14 Minuten begann die Finsternis mit dem nordöstlichen (linken oberen) Rand der Mondscheibe, nachdem man schon etwa 15 Minuten vorher eine Dichtabnahme an jener Stelle mit bloßem Auge bemerken konnte. Der Eintritt der Verfinsternis zeichnete ein scharf umgrenztes dunkles Feld. Der Schatten rückte dann langsam vor. 10 Uhr 50 Minuten war die Hälfte des Durchmesser, 11 Uhr 10 Minuten ein weiteres Viertel bedeckt und 11 Uhr 53 Minuten erreichte die Verfinsternis ihr Maximum mit einer Bedeckung von 0,94 des Durchmesser, wobei nur noch ein Teilchen am Südwestrand der Mondscheibe hell blieb. Um 1 Uhr 33 Minuten hatte die Finsternis ihr Ende erreicht. Die Astronomen werden diesmal aufs beste die Wirkung der Finsternis auf der reichgegliederten Mondoberfläche mit ihren Rotoren, Bergen, Ringgebirgen und Walebenen haben beobachten können.

Bezirksausschuß Dresden-N. Der Bezirksausschuß Dresden-N. hält am Mittwoch eine Sitzung ab.

Die Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Berufsverbände des Bergungsgewerbes in Sachsen hat für die nächsten Tage ihre Vertreter nach Dresden berufen, um gegen die Steuerpolitik der Gemeinden Stellung zu nehmen. Ganz besonders sollen Beratungen darüber stattfinden, ob es nicht zweckmäßig sei, in sämtlichen Bergungsgewerbetätigen die Mühle so lange einzustellen, bis die Gemeinden die hohe Luftabgabesteuer herabsetzen. Insbesondere wird auch die Schließung aller öffentlichen Tanzlokale sowie die Einstellung sämtlicher Vereinsfestlichkeiten beraten werden.

Die rotgestempelten Reichsbanknoten zu 1000 M. werden von manchen Seiten noch immer den grüngestempelten

vorgezogen und vielfach sogar mit einem Aufgeld gehandelt. Demgegenüber weist die Reichsbank darauf hin, daß beide Notenforten den gleichen Wert haben und eine Bevorzugung der einen oder der anderen Art durch nichts begründet ist. Die grüne Stempelung, die zeitweise aus technischen Gründen vorgenommen wurde, ist übrigens jetzt gänzlich eingestellt. Erst geraumer Zeit werden die betreffenden Noten der Reichsbank nur noch, wie früher, mit dem roten Stempel versehen, ohne daß natürlich dadurch die bisher grüngestempelten Noten ihren Wert verlieren oder ungültig werden.

Dresden. Am Sonntag früh wurde der Mechaniker R. S. mit seiner Ehefrau und seinen zwei Kindern in seiner Wohnung Flemingstraße 19 schwer erkrankt aufgefunden. Infolge zu frühen Schließens der Ofenklappe in der Küche hatten sich über Nacht Kohlenoxydgase in der Wohnung verbreitet, die die ganze Familie betäubt hatten. Durch rasche Hilfe konnten sämtliche Familienglieder am Leben erhalten werden.

In einer der letzten Nächte schlugen Diebe in ein großes Schaufenster des Warenhauses Messow und Baldschmidt an der Waldrufer Straße ein Loch und plünderten die Auslage mit Hilfe von Haken aus. Sie erlangten kostbare Pelze, auf die sie es nur abgesehen hatten, darunter Blausuchs und Kreuzsuchs. Es müssen schon geübte und verwegene Einbrecher gewesen sein, die auf einer so viel begangenen und nachts gut erleuchteten Straße des Stadtinnern einen solchen Einbruch wagen konnten.

Pulsnitz. Die Gemeinden Pulsnitz N. S. und Bollung haben sich mit Wirkung vom 1. Juli d. J. zu einer Gemeinde in der Weise vereinigt, daß die Gemeinde Bollung in der Gemeinde N. S. aufgeht.

Bautzen. Die Schwierigkeiten der Kartoffelbeschaffung für den kommenden Winter haben in weiten Kreisen der Bauftiger Verbraucher eine starke Beunruhigung hervorgerufen und nach den bisherigen Anzeichen ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß es bereits in den nächsten Tagen zu neuen umfangreichen Kartoffel-Demonstrationen kommt, von denen zu befürchten ist, daß sie einen ernstlichen Verlauf als die vorjährigen nehmen werden. In den Kreisen der Arbeiterschaft herrscht eine außerordentlich empörte Stimmung. Man wirft den Landwirten vor, daß sie die Kartoffeln in Erwartung höherer Preise zurückhielten, bezw. daß sie nur gegen Preise lieferten, die wesentlich höher seien als die von der sächsischen Kartoffelpreis-Notierungskommission allwöchentlich neu herausgegebenen Erzeugerpreise.

Freiberg. Die Freiburger Porzellanfabrik (Filiale der Rasthofer Porzellanfabrik, deren Arbeiterschaft seit Beginn laufender Woche in den Streit getreten ist) gibt bekannt, daß sie auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Feinkeramischen Industrie verpflichtet sei, ihren sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum Sonnabend, dem 29. Oktober d. J. zu kündigen. Die Kündigung erfolgt als Abwehrmaßnahme zum Schutze der bestreikten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes. Die Firma erklärt weiter, daß der obengenannte Arbeitgeberverband, obwohl die Arbeitnehmer es abgelehnt haben, vor dem Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsausschuß zu erscheinen, nach wie vor bereit ist, sich dem Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsausschuß zur Verfügung zu stellen.

Zittau. Vor einigen Tagen traf der Inhaber eines zusammengebrochenen Berliner Wettkonzerns mit noch 2 anderen Personen im eigenen Automobil in Dresden ein. Die Flüchtlinge, die sich allem Anschein nach bereits an einem anderen Orte verborgen gehalten hatten, begaben sich von Dresden aus nach Zittau, um von hier aus über die Grenze nach der Tschecho-Slowakei zu entfliehen. Unmittelbar vor dem Ueberschreiten der Grenze gerieten sie jedoch in der Dunkelheit in die Nähe einer sächsischen Zollstation. Ein Zollbeamter bemerkte das abgeblendete Auto auf seinen Anruf mußte der Wagen halten und wurde der Zollstation zugeführt. Hier wurde in der Person des Autotreibers ein Berliner Wettkonzernhaber festgestellt, in dessen Besitz außer wertvollen Schmuckstücken gegen 1 1/2 Millionen Mark gefunden wurden. Die Gendarmestation wurde benachrichtigt und die Reisenden in Haft genommen.

Crimmitschau. Auf dem hiesigen Bahnhof geriet ein aus Reichenbach i. B. stammender Hirsjagdschaffner beim Aufspringen auf einen bereits fahrenden Güterzug unter die Wagen, so daß ihm beide Beine abgefahren wurden. Der Unglückliche, der Frau und Kind hat, mußte in das Krankenhaus zu Zwickau gebracht werden.